

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
---------------	-----

Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
----------------------------	-----

<b>§ 1 Einleitung: Geldwäsche als gesellschafts- und rechtspolitische Herausforderung.....</b>	<b>1</b>
A. Problemstellung .....	1
B. Ziel und Gang der Untersuchung.....	5

<b>TEIL 1: GRUNDLAGEN UND INTERNATIONALE VORGABEN.....</b>	<b>9</b>
--	----------

<b>§ 2 Hintergrund und zentrale Problembereiche der Geldwäschebekämpfung .....</b>	<b>9</b>
A. Organisierte Kriminalität und Geldwäsche - Kriminologische Befunde.....	9
I. Vorbemerkung.....	9
II. Basisdaten zur organisierten Kriminalität .....	10
III. Geldwäsche .....	12
1. Definition .....	12
2. Phasen und Techniken der Geldwäsche .....	13
3. Die Funktion der Kreditwirtschaft .....	15
4. Zur Situation in Deutschland .....	17
B. Ermittlungs- und Beweisschwierigkeiten der Geldwäschebekämpfung.....	19
I. "Unsichtbare Gegner" .....	19
II. Mangelnde Transparenz des Finanzverkehrs .....	20
1. Geld als abstrakter Wertträger.....	21
2. Bankgeheimnis .....	22
3. Anonyme Bankgeschäfte, unzureichende Dokumentation .....	25
4. Schwierige Rekonstruktionsmöglichkeit von Finanztransaktionen .....	26
III. Anzeigeproblematik .....	26
1. Allgemein.....	26
2. Anzeigerecht .....	28
a) Rechtsgrundlagen.....	28
b) Einfachgesetzliche Schranken.....	30
c) Der Beschluß BVerfGE 74, 257 ff.....	31

d) Das Bankgeheimnis als Hemmnis bei der Anzeigeerstattung .....	32
2. Wirtschaftliche Interessen der Bank .....	34
3. Unsicherheiten der Verdachtsschöpfung .....	35
4. Furcht vor Repressalien .....	36
<b>§ 3 Der Finanzbereich im Blickfeld internationaler Initiativen zur Bekämpfung der Geldwäsche .....</b>	<b>38</b>
<b>A. Geldwäsche als internationales Problem .....</b>	<b>38</b>
<b>B. Die einzelnen Initiativen .....</b>	<b>39</b>
I. Die Empfehlung des Europarates zu Maßnahmen gegen die Übertragung und gegen das Verheimlichen von Vermögenswerten mit kriminellem Ursprung vom 27.6.1980 .....	39
II. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen vom 20.12.1988 .....	40
1. Allgemeines .....	40
2. Strafrechtliche Erfassung der Geldwäsche als Kernstück der Konvention .....	41
3. Einbeziehung des Finanzbereichs .....	43
4. Umsetzung und weitere Entwicklung .....	43
III. Die Grundsatzerklärung der Zentralbankpräsidenten der G-7 Staaten vom Dezember 1988 .....	45
IV. Die Empfehlungen der Financial Action Task Force .....	46
1. Allgemeines .....	46
2. Strafrechtliche Erfassung der Geldwäsche .....	47
3. Einbeziehung des Finanzbereichs .....	48
4. Bewertung .....	50
V. Die Konvention des Europarates über das Waschen, das Aufspüren, die Beschlagnahme und die Einziehung der Erträge aus Straftaten vom 8.11.1990 .....	50
1. Allgemeines .....	50
2. Strafrechtliche Erfassung der Geldwäsche .....	51
3. Einbeziehung des Finanzbereichs .....	52
4. Bewertung .....	53
VI. Die EG-Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanz- systems zum Zwecke der Geldwäsche vom 10.6.1991 .....	53
1. Allgemeines .....	53
2. Strafrechtliche Erfassung der Geldwäsche .....	54
3. Einbeziehung des Finanzbereichs .....	54
a) Identifizierung von Kunden .....	55

b)	Erhöhte Sorgfalt bei verdächtigen Geschäften.....	55
c)	Zusammenarbeit mit Behörden.....	55
d)	Interne Maßnahmen .....	56
4.	Bewertung .....	56
<b>C.</b>	<b>Zusammenfassung: Grundstruktur der Inpflichtnahme .....</b>	<b>58</b>
I.	Das strafrechtliche Verbot der Geldwäsche .....	58
II.	Besondere Pflichten für die Kreditwirtschaft .....	58
1.	Identifizierungspflichten .....	58
2.	Anzeigepflichten .....	59
a)	Modell 1: Systematische Meldepflichten.....	61
b)	Modell 2: Das Anzeigerecht bei Verdacht auf Geldwäsche.....	62
c)	Modell 3: Die Anzeigepflicht bei Verdacht auf Geldwäsche.....	63
3.	Organisationspflichten .....	63
<b>TEIL 2:</b>	<b>DIE INPFLICHTNAHME DER KREDITWIRTSCHAFT DURCH DAS GELDWÄSCHEGESETZ .....</b>	<b>65</b>
<b>§ 4</b>	<b>Überblick zum Geldwäschegesetz .....</b>	<b>65</b>
<b>A.</b>	<b>Zum Inhalt des Geldwäschegesetzes .....</b>	<b>65</b>
I.	Die Kategorien des Pflichtenprogramms.....	65
II.	Die Adressatengruppen .....	66
III.	Auslandsgeltung, Aufsicht und Ordnungswidrigkeiten .....	66
<b>B.</b>	<b>Ziele des Gesetzgebers.....</b>	<b>67</b>
<b>C.</b>	<b>Systematischer Standort .....</b>	<b>69</b>
<b>D.</b>	<b>Entstehungsgeschichte.....</b>	<b>70</b>
<b>E.</b>	<b>Die Beteiligung der Kreditwirtschaft am Gesetzgebungsverfahren.....</b>	<b>73</b>
<b>F.</b>	<b>Aktuelle Reformen.....</b>	<b>74</b>
<b>§ 5</b>	<b>Das Pflichtenprogramm als konzeptionelles Novum? - Ein Vergleich mit bestehenden Mitwirkungspflichten .....</b>	<b>75</b>
<b>A.</b>	<b>Bestandsaufnahme.....</b>	<b>75</b>
I.	Mitwirkungspflichten im Strafverfahren .....	75
II.	Identifizierungs- und Aufzeichnungspflichten .....	76
1.	§ 154 Abs. 2 AO.....	76
2.	Sonstige Buchführungspflichten .....	77
III.	Anzeigepflichten .....	78

1. "Strafanzeigepflichten" .....	78
2. Anzeigepflichten im weiteren Sinne .....	80
IV. Organisationspflichten.....	82
<b>B. Parallelen und Abgrenzung zu den Pflichten des Geldwäschegesetzes .....</b>	<b>83</b>
I. Mitwirkung im Strafverfahren.....	83
II. Identifizierungspflichten .....	84
III. Die Anzeigepflicht .....	84
IV. Organisationspflichten.....	86
V. Exkurs: Bisherige Reformtendenzen .....	86
<b>C. Zusammenfassung .....</b>	<b>89</b>
<b>§ 6 Verfassungsrechtliche Aspekte der Inpflichtnahme .....</b>	<b>91</b>
<b>A. Vorab: Nationale Grundrechte als Prüfungsmaßstab?.....</b>	<b>91</b>
I. Die Perspektive des Bundesverfassungsgerichts.....	91
II. Ziel einer erweiterten Prüfung.....	93
<b>B. Die Prüfung der einzelnen Grundrechte .....</b>	<b>94</b>
I. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Bankkunden... ..	94
1. Zum Schutzbereich.....	94
2. Zur Rechtfertigung der Eingriffe .....	98
a) Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts.....	98
b) Folgerungen für die Maßnahmen nach dem Geldwäschegesetz .....	99
(1) Hinreichende Bestimmtheit .....	99
(2) Verhältnismäßigkeit.....	101
(3) Verfahrensrechtliche Vorkehrungen.....	103
II. Berufsausübungsfreiheit.....	104
1. Zum Schutzbereich.....	104
2. Rechtfertigung.....	105
III. Der Zwang des Bankangestellten zur Selbstbeziehung.....	107
1. Selbstbelastungszwang durch die Anzeigepflicht? .....	107
2. Zum Schutzzumfang des Nemo-tenetur-Grundsatzes.....	109
3. Vereinbarkeit mit dem Nemo-tenetur-Grundsatz? .....	112
4. Lösungswege .....	113
<b>C. Zusammenfassung .....</b>	<b>116</b>

<b>§ 7 Die Ausgestaltung der Pflichten im Geldwäschegesetz .....</b>	<b>117</b>
<b>A. Die Identifizierungspflichten .....</b>	<b>117</b>
I. Die allgemeine Identifizierungspflicht (§ 2 GwG).....	117
1. Die Grundregel.....	117
2. Identifizierung unterhalb des Schwellenbetrages.....	118
3. Ausnahmen von der Identifizierungspflicht.....	119
II. Die Identifizierungspflicht bei Verdacht auf Geldwäsche (§ 6 GwG).....	121
III. Die Pflicht zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten (§ 8 GwG).....	121
IV. Die Pflicht zur Aufzeichnung und Aufbewahrung der Unterlagen (§ 9 GwG).....	122
V. Umgehungsmöglichkeiten und Kontrolllücken.....	122
1. Smurfing.....	122
a) Schwellenbeträge .....	122
b) Die Umgehungsklausel: § 2 Abs. 2 GwG .....	125
2. Identifizierungsvorgang .....	127
3. Die Einschaltung von Stroh Männern .....	128
4. Nachttresoreinzahlungen .....	130
5. Sonstige Ausnahmen und Erleichterungen .....	131
6. Sonderproblem: SWIFT-Überweisungen.....	131
<b>B. Die Verdachtsanzeigespflicht .....</b>	<b>132</b>
I. Die Pflicht zur Anzeige .....	133
1. Der Verdacht auf Geldwäsche.....	133
a) Feststellung und Bewertung von Tatsachen.....	133
b) Vortatenbezug .....	134
c) Anknüpfungspunkt: Finanztransaktion .....	139
2. Verfahrensrechtliche Aspekte .....	140
a) Formalien der Anzeigerstattung.....	140
b) Anfangsverdacht nach § 152 Abs. 2 StPO? .....	141
c) Die Anzeige nach § 11 GwG als "Strafanzeige" .....	142
d) Einleitung eines Ermittlungsverfahrens .....	143
II. Das Verbot der Durchführung der Finanztransaktion - die sogenannte "Stillhaltepflicht" .....	146
1. Zweck der Regelung .....	146
a) Vorstufe zur Sicherstellung.....	146
b) Zielkonflikte.....	147
2. Fehlende Entschädigungsregelung.....	148
3. Zur Dauer der Stillhaltepflicht .....	150
4. Weitere Einzelfragen.....	152

a) Die "Zustimmung" der Staatsanwaltschaft .....	152
b) Die "Eilfallregelung" .....	153
III. Das Verbot der Mitteilung an den Kunden .....	154
IV. Freistellung von Verantwortlichkeit .....	156
V. Verwendungsbeschränkungen .....	157
VI. Das Verhältnis zu § 261 Abs. 9 StGB .....	157
<b>C. Verwendungsbeschränkungen .....</b>	<b>157</b>
I. Die Verwendung der Aufzeichnungen .....	157
1. Die Grundregel in § 10 Abs. 1 GwG .....	157
a) Strafverfolgung .....	158
b) Künftige Strafverfolgung .....	158
2. Steuerstraftaten und Besteuerung .....	162
3. Die "Heranziehung" der Identifizierungsdaten .....	166
4. Verwertungsverbote .....	167
II. Verwendung des Anzeigehaltes .....	170
1. Zum Inhalt von § 11 Abs. 5 GwG .....	170
2. § 25 GVG als Abgrenzungskriterium .....	171
a) Prinzipielle Unbestimmtheit des § 25 Nr. 3 GVG .....	171
b) Besonderheiten im Verwendungskontext mit § 11 GwG .....	171
3. Zur praktischen Umsetzung der Verwendungsregelung .....	173
<b>D. Organisationspflichten .....</b>	<b>174</b>
I. Bestellung einer leitenden Person .....	174
II. Zuverlässigkeitsprüfung .....	176
III. Mitarbeiterschulung .....	178
IV. Die Generalklausel .....	178
<b>E. Zusammenfassung .....</b>	<b>181</b>
<b>TEIL 3: SANKTIONEN .....</b>	<b>183</b>
<b>§ 8 Die Überwachung der Inpflichtnahme durch die Bankaufsicht .....</b>	<b>183</b>
<b>A. Die Zuständigkeit des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen ....</b>	<b>183</b>
I. § 16 GwG .....	183
II. Rechtsgrundlagen und Träger der Bankaufsicht .....	184
<b>B. Geldwäschebekämpfung als Aufgabe der Bankaufsicht .....</b>	<b>184</b>
I. Die klassische Aufgabenbegründung .....	184
II. Grundlegende Aufgabenzuweisung in § 6 KWG .....	185
1. § 6 Abs. 1 KWG - Einzelaufsicht .....	185

2. § 6 Abs. 2 KWG - Strukturaufsicht.....	186
III. Geldwäschebekämpfung als neue Aufgabe?.....	188
<b>C. Das aufsichtsrechtliche Instrumentarium .....</b>	<b>189</b>
I. Verbotene Geschäfte nach § 3 KWG .....	189
II. Zuverlässigkeit von Geschäftsleitern und Anteilseignern .....	190
III. Kontrollmaßnahmen des BAKred .....	192
1. Jahresabschlußprüfung.....	192
2. Sonderprüfungen .....	194
IV. Maßnahmen im Rahmen der Strukturaufsicht.....	196
1. Allgemein .....	196
2. Die "Verlautbarungen" des BAKred .....	197
<b>D. Die Anzeigepflicht nach § 13 Geldwäschegesetz .....</b>	<b>198</b>
<b>E. Zusammenfassung .....</b>	<b>200</b>
 <b>§ 9 Die Erfassung von Pflichtverstößen als Ordnungswidrigkeiten .....</b>	 <b>202</b>
<b>A. Inhalt und Charakterisierung von § 17 Geldwäschegesetz.....</b>	<b>202</b>
<b>B. Die Täterfrage .....</b>	<b>203</b>
I. Problemstellung .....	203
1. Lokalisierung des Pflichtverstoßes.....	203
2. Primärer Normadressat und Handelnder .....	204
II. Der Schalterangestellte .....	205
1. § 9 Abs. 2 Nr. 2 OWiG .....	205
2. Vorsatz und Leichtfertigkeit .....	206
III. Die Verantwortlichkeiten auf höheren Hierarchiestufen (Organe, gesetzliche Vertreter, leitendes Personal).....	208
1. § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 OWiG .....	208
2. Vorsatz und Leichtfertigkeit .....	209
3. Exkurs: § 130 OWiG.....	210
4. Geldbuße gegen die Bank als juristische Person - § 30 OWiG .....	212
<b>C. Lücken im Katalog des § 17 Geldwäschegesetz? .....</b>	<b>213</b>
I. Die Argumente im Gesetzgebungsverfahren.....	213
II. Stellungnahme .....	214
1. Zur Verdachtsanzeigepflicht .....	214
a) Der "Verdacht" erneut auf dem Prüfstand .....	214
b) Das Argument § 261 StGB .....	217
2. Zur Stillhaltepflicht .....	217
3. Zu den Organisationspflichten .....	217
<b>D. Zusammenfassung .....</b>	<b>218</b>

<b>§ 10 Möglichkeiten und Grenzen strafrechtlicher Sanktionierung .....</b>	<b>219</b>
<b>A. Vorab: Der Wortlaut.....</b>	<b>219</b>
<b>B. Abgrenzung und funktionale Verbindungslinien         zwischen § 261 StGB und dem Geldwäschegesetz .....</b>	<b>221</b>
<b>C. Strafrisiken für Bankangestellte .....</b>	<b>223</b>
I. Gegenstand der Geldwäsche.....	223
1. Zum Begriff des "Gegenstands" .....	223
2. Zum Begriff des "Herrührens" .....	223
3. Der Vortatenkatalog .....	224
4. Vortaten im Ausland .....	226
II. Tathandlungen.....	227
1. § 261 Abs. 1 StGB .....	227
2. § 261 Abs. 2 StGB .....	228
3. Sonderproblem: Ausschluß des objektiven Tatbestandes bei Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden? .....	230
III. Versuchsstrafbarkeit.....	230
IV. Geldwäsche durch Unterlassen?.....	231
1. Indirekte Erfassung über die Begehungstatbestände.....	232
2. Garantenstellung?.....	232
a) Inhaber der Bank (Geschäftsherrenhaftung) .....	234
b) Angestellte (Vertreterhaftung) .....	237
V. Vorsatz und Leichtfertigkeit.....	239
1. Vorsatz .....	239
a) Parallelen zu §§ 257, 258, 259 StGB und zur Beihilfe .....	240
b) Tatbestandsirrtum und Schutzbehauptungen .....	241
c) Billigung des Erfolgs?.....	242
2. Leichtfertigkeit.....	245
a) Gegenstand und Ziel des Leichtfertigkeitsevorwurfs .....	246
b) Das Problem: Fehlende Standards und unsichere Kriterien .....	247
c) Bedeutung des Geldwäschegesetzes .....	249
d) Leichtfertigkeit als gesteigerter Grad der Fahrlässigkeit ..	251
e) Abklärungspflichten?.....	252
VI. Die Strafaufhebungsregelung in § 261 Abs. 9 StGB.....	256
<b>D. Zusammenfassung und Folgerungen .....</b>	<b>257</b>
I. Verbleibende Beweisschwierigkeiten .....	257
II. Weite und Unbestimmtheit des Tatbestandes.....	262



<b>TEIL 4: GELDWÄSCHEBEKÄMPFUNG IM AUSLAND;</b>	
<b>ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK .....</b>	<b>267</b>
<b>§ 11 Modellfall Schweiz? .....</b>	<b>267</b>
<b>A. Zur Rolle des Finanzplatzes Schweiz .....</b>	<b>267</b>
I. Allgemeine Daten .....	267
II. Lagebild der Geldwäschesituation in der Schweiz .....	269
<b>B. Überblick zu den geltenden Regelungskomponenten und anstehenden Reformen .....</b>	<b>271</b>
<b>C. Pflichten für Kreditinstitute .....</b>	<b>272</b>
I. Die VSB .....	273
1. Allgemeines .....	273
2. Die Ausgestaltung der Identifikationspflichten in der VSB 1992 .....	274
3. Kontrolle und Sanktion .....	275
4. Grundlegende Kritik an der Standesregel .....	276
II. Aufsichtsrecht .....	277
1. Die aufsichtsrechtliche Perspektive der EBK .....	277
2. Umstrittene Rechtsgrundlage .....	278
3. Die Geldwäscherei-Richtlinien der EBK .....	279
a) Rechtsnatur und Zielsetzung .....	279
b) Das Verbot der Annahme deliktisch erworbener Vermögenswerte .....	280
c) Identifikationspflichten .....	280
d) Die Pflicht zur Abklärung des wirtschaftlichen Hintergrundes bei "ungewöhnlichen" Transaktionen .....	280
e) Verhalten bei Verdacht auf Geldwäsche .....	282
f) Organisationspflichten .....	283
g) "Anhaltspunkte für Geldwäscherei" .....	283
4. Der Vorentwurf eines Schweizer Geldwäschereigesetzes .....	284
a) Zielsetzungen und Neuerungen für den Bankbereich .....	284
b) Zur Meldepflicht .....	284
<b>D. Strafrecht .....</b>	<b>287</b>
I. Art. 305bis StGB-CH .....	288
1. Vergleichbare Grundkonzeption .....	288
2. Tathandlungen .....	289
3. Vorsatz .....	291
4. Keine Strafbefreiungsregelung .....	292
5. Zwischenbefund .....	292
II. Art. 305ter StGB-CH .....	293

---

III. Sonderproblem: Bankgeheimnis und Melderecht .....	294
E. Bewertung und Anregungen .....	295
I. Zum Inhalt .....	295
II. Zur Systematik des Abwehrkonzepts .....	297
§ 12 Zusammenfassung und Ausblick .....	298
A. Zusammenfassung .....	298
B. Ausblick: Überdehnung des individualstrafrechtlichen Ansatzes? .....	305
I. Überkommene Strukturen des Strafrechts .....	305
II. Funktionswandel .....	306
III. Funktionsprämissen der Geldwäschebekämpfung im Bankbereich ..	307
IV. Konsequenzen .....	310
<b>Literatur</b> .....	315